Protokoll

Abteilung F
Az: Anträge/2015/SPD/KU

Ebersberg, 02.02.2015

Arbeitsgruppe KU am 2.02.2015

Teilnehmer: Herr Landrat Niedergesäß, Herr Öllerer, Herr Dr. Böhm, Frau Gruber, Frau Platzer, Frau Mühlfeld, Herr Eckert, Herr Müller, Herr Reitsberger

Verwaltung: Herr Stephan, Frau Geisler, Frau Keller

Frau Keller führte mit der beigefügten Präsentation in die Diskussion ein. Ziel der heutigen Besprechung sei die Klärung, mit welchen Fragestellungen Prof. Schraml in eine KSA-Sitzung eingeladen werden soll.

Herr Dr. Böhm erläuterte, dass er mit dem Antrag vor allem auf Langzeitarbeitslose und Asylsuchende abziele, die in Arbeit kommen sollen. Am Münchner Flughafen würden in der Gastronomie 300 Leute gesucht und an den Terminals bis zu 1.200 Leute. Auch die Hausmeister könnten Unterstützung brauchen. Trotz multipler Hindernisse können viele Leute in Teilzeit arbeiten, ein kleiner Transporter könnte diese Menschen hin und her fahren.

Frau Geisler erläuterte, dass dies in der Verwaltung stetig geprüft werde, im Jobcenter gebe es keine geeigneten Menschen. Mit ca. 400 bis 450 Arbeitslosen wird kurz- mittel oder landfristig so gearbeitet, dass Chancen auf dem Arbeitsmarkt grundsätzlich bestehen. Der Flughafen sei eine Besonderheit, daran werde intensiv gearbeitet. Es gibt aber auch Vermittlungserfolge. Die Firmen dürfen aber nicht verärgert werden, wenn die falschen Leute geschickt werden. Auch zum Thema Integration von Asylbewerbern in die Arbeitswelt fanden schon Gespräche statt, ein Konzept werde derzeit entwickelt und auch der IHK und HWK präsentiert.

Herr Öllerer regt für den Fragenkatalog die Klärung der Frage an, wie die demokratische Kontrolle in einem KU aussieht. Herr Landrat Niedergesäß merkt aus seiner Erfahrung als BGM an, dass die Kontrollgremien dort auch insbesondere aus kommunalen Mandatsträgern bestehen.

Frau Mühlfeld merkt an, dass im sozialen Bereich bereits jetzt schon viele Leistungen ausgelagert seien. Auch Sie sehe das Problem, dass die Kreisräte den Einblick nicht mehr haben.

Herr Müller weist darauf hin, dass die Zielrichtung des Antrags eine ganz andere sei, nämlich die Prüfung der Gründung eines KU.

Herr Landrat Niedergesäß regt für den Fragenkatalog die Prüfung der Möglichkeiten der Auslagerung an – welche Bereiche kommen in Frage? Wie kann im sozialen Bereich Wettbewerb geschaffen werden? Die Frage, ob soziale Dienstleistungen ausgeschrieben werden können, wird derzeit auch mit dem LK-Tag besprochen und vorbereitet, der Landkreis Ebersberg bietet sich hier als „Pilotprojekt“ an.

Frau Geisler ergänzt, dass bei der Ausschreibung sozialer Dienstleistungen der Landkreis Neu-Ulm bisher einzigartiger Vorreiter sei und bereits ein Treffen dort vereinbart sei.

Frau Platzer regt an, man solle in alle Richtungen offen denken, vielleicht auch in Richtung einer Sozialagentur, die Leistungen ausschreibt, oder auch bei den Liegenschaften.

<u>Ergebnis</u>:

1. Das Thema Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen und von Asylbewerbern wird im nächsten SFB-Ausschuss am 18.3.2015 beraten. Zu dieser Sitzung wird auch Herr Schmidbartl vom Jobcenter eingeladen.

2. Im sozialen Bereich wird das Thema der Ausschreibung von Sozialleistungen bereits seit 2014 sensibel aufbereitet. Hierbei wird auch eng mit dem Bayer. Landkreistag zusammengearbeitet. Die Gremien werden zu gegebener Zeit einbezogen.

3. Möglichkeiten der Auslagerung im sozialen Bereich, den Liegenschaften und anderer Bereiche werden ohne Denkverbote weiter geprüft. Auch die Möglichkeiten des Vollzugs der Wohnungsbaurichtlinie in einem KU soll mit einbezogen werden.

4. Herr Prof. Schraml soll im KSA über seine Erfahrungen berichten. Dabei soll auch über den Tellerrand hinausgeschaut werden. Er soll darüber berichten, was er noch gerne in sein KU geben würde und was er nicht mehr machen würde. Könnte Integration auch dadurch stattfinden, dass man Asylbewerbern eine Lehre in einem Handwerksberuf anbietet? Interessant seien auch die Hintergründe, warum in Würzburg Senioreneinrichtungen im KU des Landkreises sind – anderswo werden sie meist von Privaten betrieben. Im Vortrag soll – soweit möglich – auch auf die örtlichen Gegebenheiten hier im Landkreis Ebersberg eingegangen werden – wo sieht Herr Prof. Schraml Einsparpotenziale?

Weiteres Vorgehen:

Die Verwaltung nimmt mit Prof. Schraml Kontakt auf und bereitet einen Vortrag und Diskussion in einer der nächsten Sitzungen des KSA vor.

gez.

Brigitte Keller / 02.02.2015